

A person wearing a red shirt and a dark hat is sitting on a wooden bench, looking out over a vast, green valley. The landscape is filled with rolling hills, fields, and forests, extending to the horizon under a clear blue sky. The person is seen from behind, and the bench is positioned on a grassy hillside.

**LINKES LAND – Für ein
solidarisches Hessen!**

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG





Inhalt

LINKES LAND – Für ein solidarisches Hessen	4
1. Finanzieren, was gebraucht wird – statt leerer Kassen und Sparzwang	8
2. Gesundheit muss für alle erreichbar sein	12
3. Ohne Auto kommt man nirgendwo hin? Für eine echte Verkehrsmittelfreiheit	16
4. Wohnen und Dorfentwicklung – gemeinwohlorientiert und solidarisch	20
5. Wie viel Stadt braucht das Land? Ökologische Leistungen in ländlichen Räumen schützen, stärken und wertschätzen	24

LINKES LAND – Für ein solidarisches Hessen

Das Ziel dieser Broschüre ist es, linke Perspektiven für Politik im ländlichen Raum aufzuzeigen und die Arbeit der Linksfraktion im Hessischen Landtag vorzustellen. Wir haben uns auf die Bereiche Finanzen, Gesundheit, Mobilität, Wohnen und Ökologie konzentriert und einen Schwerpunkt auf öffentliche Daseinsvorsorge, gegen Privatisierung und Vereinsamung gesetzt. Wir stellen das, was für alle wichtig ist, in den Mittelpunkt.

Aber was ist eigentlich dieser „ländliche Raum“? Je nach Definition umfassen ländliche Räume ca. 85 Prozent der hessischen Landesfläche; jede*r Zweite lebt demnach dort. Der ländliche Raum ist eine Region, deren Fläche zum Großteil land- und forstwirtschaftlich genutzt wird, deren Bevölkerungsdichte gering ist und die durch kleine Städte und Gemeinden geprägt ist. So wertfrei diese Beschreibung auch klingt: Die Stadt wird oft zum Maß aller Dinge gemacht, an der sich der ländliche Raum zu orientieren hat. Wer aber auf dem Land lebt oder einmal dort gelebt hat, weiß, dass das nicht richtig ist. Zum einen, weil das Leben im ländlichen Raum durch so viel mehr und anders geprägt ist. Und zum anderen, weil es diese klare Abgrenzung zwischen Stadt und Land nicht gibt. Wer „Land“ sagt, muss auch „Stadt“ sagen.

Viele arbeiten nicht dort, wo sie wohnen. Nicht wenige davon sind auf ein Auto angewiesen, weil Vergünstigungen wie das 9-Euro-Ticket wenig bringen, wenn Bus und Bahn nur selten oder gar nicht fahren. Aber ohne das Land können die Stadt und der Ballungsraum nicht überleben – und andersherum. Anstatt also aus der „großen Stadt“ Politik für die Menschen im „kleinen Dorf“ zu machen, wollen wir eine Perspektive linker Politik für solidarisches Zusammenleben in ganz Hessen eröffnen, für gute und gleichwertige Lebensverhältnisse – egal, wo Menschen wohnen, Freund*innen treffen, Sport machen, arbeiten, aufwachsen, lieben und so vieles mehr, was das (solidarische Zusammen-) Leben ausmacht.

Gleichzeitig können und wollen wir nicht so tun, als sei die Situation der Ballungszentren der Rhein-Main-Region und die Lebensverhältnisse in Mittel- oder Nordhessen identisch. Deswegen wollen wir mit dieser Broschüre versuchen, spezifische Antworten auf politische Probleme des ländlichen Raumes zu geben. Denn eins ist klar: leerstehende Häuser, fehlende Bus- und Bahnverbindungen, die Schließung von Poststellen, Hausarztpraxen und Kneipen sind keine technischen, sondern politische Probleme.



Es ist eine politische Frage, weil gleichwertige Lebensverhältnisse nur hergestellt werden können, wenn wir die Entwicklung im ländlichen Raum nicht mehr Profitmaßstäben unterordnen, sondern nach dem Gemeinwohl ausrichten.

Dafür lässt sich schon jetzt einiges vom Zusammenleben in Dörfern lernen. Einander uneigennützig zu helfen, wenn die Oma krank wird oder der Papa einen Unfall hatte. Arbeit zu finden für diejenigen, die ohne Unterstützung keine gefunden hätten. Fahrgemeinschaften für die Kinder zum nächsten Fußballtraining. All das sind Keimformen solidarischen Zusammenlebens, die wir stärken wollen. Gleichwohl muss es in Stadt und Land immer darum gehen, Ablehnung von als fremd und unbekannt wahrgenommenen Menschen entschieden entgegenzutreten – Rassismus, Homophobie und anderen Formen der Diskriminierung muss überall entschieden begegnet werden. Zu leicht kann sie in Abwertung, Exklusion und Gewalt umschlagen.

Unser Programm ist ein Gegenprogramm: Gegen die Politik der zu knappen Fördertöpfe, gegen Konkurrenz und Ausgrenzung, gegen den Ausverkauf unserer Dörfer und Kleinstädte und gegen Nazis, Rassismus und Sexismus.

Unser Programm ist eine wirkliche Alternative für eine bessere Zukunft: Die leerstehenden Häuser, Läden oder Scheunen werden zu einem offenen Raum für Vereine, ein Café, für gemeinschaftliches Arbeiten und Wohnen, weil beispielsweise die unzähligen dauerhaft leerstehende Häuser in öffentliches Eigentum überführt werden könnten. Die kürzlich erkrankte Oma kann im genossenschaftlichen Gesundheitszentrum vor Ort behandelt werden, weil dort attraktive Arbeitsbedingungen für verschiedene Ärzt*innen und Beschäftigte herrschen.

Die Kinder lernen das Schwimmen im Schwimmbad in der Nähe, weil die Kommune genug Geld hat, um es zu erhalten und sogar noch eine neue Rutsche zu bauen. Und das Auto wird nur noch für das Allernötigste gebraucht, weil es neben dem kostenlosen ÖPNV mit vielen Verbindungen jetzt auch genügend Fuß- und Radwege gibt. Die Pflegekraft aus Polen, die sich um die Großeltern kümmert, gehört genauso dazu, wie der Maurer aus Eritrea, weil beide nicht nur gute Arbeitsbedingungen haben, sondern auch hier wählen und mitbestimmen dürfen. Für uns ist Hesse, wer in Hessen lebt.

Wie uns das Gelingen kann und wie wir heute bereits daran arbeiten, wollen wir mit dieser Broschüre aufzeigen.

Wir machen das als Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, vor Ort in den Kommunen und in zahlreichen Initiativen und Bündnissen – sei es in der Flüchtlingshilfe oder im Eine-Welt-Laden, bei der Waldbesetzung und im Hausprojekt, beim Nachbarschaftstreff und der Gewerkschaft. Denn eins ist klar: Wir werden das nicht alleine schaffen. Aber wir schaffen Räume, in denen Menschen zusammenkommen können, um gemeinsam daran zu arbeiten.

Wir laden Sie und Euch herzlich dazu ein, mitzukommen.

Elisabeth Kula und Jan Schalauske,
Fraktionsvorsitzende



1. Finanzieren was gebraucht wird – statt leerer Kassen und Sparzwang

Städte, Gemeinden und Landkreise sind dafür verantwortlich, vor Ort bereitzustellen, was wir alle täglich brauchen und nutzen: von Schulen und Kitas über Straßen, öffentlichen Nahverkehr oder Müllabfuhr bis hin zu Schwimmbädern und Museen. All das ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss von den Kommunen bereitgestellt, organisiert und vor allem auch finanziert werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kommunen auch in der Lage sind, all das zu leisten. Dabei sollen die Kommunen nicht nur ein absolutes Minimum an öffentlichen Leistungen bereitstellen, sondern einen weiten Spielraum haben, um vor Ort selbst entscheiden zu können, wie sie ihre Aufgaben erfüllen.

Viel zu häufig stehen die Kommunen aber vor dem Problem, dass ihnen die Mittel fehlen, sei es bei den laufenden Ausgaben, etwa für Kitas, den ÖPNV, oder bei wichtigen Investitionen. Sogar in finanziell besser gestellten Kommunen findet sich eine baufällige Schule, vielerorts fällt der Nahverkehr am Wochenende praktisch aus und so manche Gebühren steigen von Jahr zu Jahr.

Die Kommunen sollen ihre Aufgaben aus eigenen Einnahmen und Zuweisungen aus dem Landeshaushalt finanzieren können. Dies sind einerseits die kommunalen Steuern, insbesondere Grund- und Gewerbesteuer, und andererseits Mittel, die die Kommunen vom Land im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs zugewiesen bekommen. Gerade ländliche Kommunen sind besonders auf solche Zuweisungen angewiesen, da sie Infrastruktur wie Straßen, Kitas und Schwimmbäder auch dort bereithalten müssen, wo weniger Menschen leben. Pro Kopf ist das mitunter teurer als in dichter bewohnten Gebieten – aber schlicht notwendig für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Tatsächlich reichen die Mittel vom Land häufig nicht aus, um die vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen. Das Land braucht selbst höhere Einnahmen, um mehr Geld an die Kommunen weitergeben zu können und so für eine auskömmliche Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu sorgen.

Ebenso schrecken viele Kommunen davor zurück, die Gewerbesteuerhebesätze zu erhöhen, weil sie befürchten, gerade größere Unternehmen könnten ihre Standorte in andere Kommunen verlagern. Beispielsweise senkte die Stadt Marburg ihre Gewerbesteuer, aus Sorge ein großer und sehr erfolgreicher Impfstoffhersteller könne sonst den Produktionsstandort in Frage stellen. Das System der Finanzausstattung der Kommunen durch das Land, Kommunalen Finanzausgleich

(KFA) genannt, beinhaltet einen Mechanismus, der eigentlich verhindern soll, dass die Kommunen sich bei den Steuersätzen unterbieten. Tatsächlich wird diese Möglichkeit von der Landesregierung aber nur unzureichend genutzt.

So bleibt im bestehenden System häufig nur die Anhebung der Grundsteuer oder von Gebühren und die Einschränkung öffentlicher Leistungen. Gerade die Erhöhung von Grundsteuer und Gebühren belasten aber Menschen mit geringeren Einkommen besonders stark. Ebenso trifft die Einschränkung öffentlicher Leistungen vor allem Menschen mit kleineren Einkommen. Sie sind es, die besonders darauf angewiesen sind, dass die öffentliche Hand Leistungen wie gute Bildung, öffentliche Schwimmbäder und einen gut ausgebauten ÖPNV für alle zur Verfügung stellt.

Die seit Jahren angespannte Finanzlage vieler Kommunen ist aber kein Naturgesetz. Hessen ist kein armes Land, der Reichtum ist nur sehr ungleich verteilt. Oft steht gerade der private Reichtum Weniger einer öffentlichen Unterfinanzierung gegenüber.

DIE LINKE fordert deshalb die Einnahmen des Landes zu verbessern. Konkret kann selbst eine moderate Steuer auf große Vermögen einen erheblichen Beitrag leisten, um die Finanzierung des Landes mit 1,5 Milliarden Euro zu verbessern.

Einen großen Teil dieses Geldes sollte das Land den Kommunen zukommen lassen. Einerseits für Investitionen, aber auch für dauerhafte Ausgaben. Die Kommunen sollten weitgehend selbst über die Verwendung dieser Mittel entscheiden dürfen. Vor Ort kennt man die Aufgaben besser. Politik wird so vor Ort wieder handlungsfähig: In den Kommunen soll endlich wieder entschieden werden, für welche Verbesserungen Geld ausgegeben werden kann – nicht nur darüber, was man sich angeblich nicht mehr leisten kann.

Außerdem wollen wir den Unterbietungswettbewerb der Kommunen bei der Gewerbesteuer eindämmen. Dafür soll das Land im kommunalen Finanzausgleich Regelungen treffen. Ziel ist es, Unternehmen in allen Kommunen möglichst gleichmäßig entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu besteuern. Für viele kleine Unternehmen macht das praktisch keinen Unterschied, vor allem größere Unternehmen hingegen versuchen durchaus, die Unterschiede bei der Gewerbesteuer für sich zu nutzen. Das führt am Ende allerdings zu niedrigeren Einnahmen für alle Kommunen. Wir wollen die Einnahmehasis aller Kommunen verbessern.

In den Beratungen zum Landeshaushalt haben wir deshalb regelmäßig beantragt, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern.

Einerseits durch Zuweisungen für kommunale Investitionen, andererseits durch Landesmittel für die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen. Beispielsweise soll das Land für den Ausbau und die Unterhaltung von gebührenfreier Kinderbetreuung in Kitas und Krippen den Kommunen jährlich 150 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Es soll außerdem den Erhalt von Schwimmbädern und Sportstätten jährlich insgesamt mit 50 Millionen Euro Landesmitteln sicherstellen. Wir fordern, dass der ÖPNV jährlich mit 310 Millionen Euro vom Land gefördert wird, aber auch, dass die Kommunen an den Einnahmen aus der Verpachtung von Flächen für Windkraftanlagen beteiligt

werden. Zudem wollen wir konkrete Entlastungen vor Ort ermöglichen. So soll das Land die Abschaffung der Straßenbeiträge in den Kommunen finanzieren.

Mit einer Vermögensteuer hätte das Land dafür bei weitem ausreichende eigene Mittel zur Verfügung, von denen auch die Kommunen profitieren würden. Weil der Markt es nicht besser regelt, wollen wir außerdem ein Kompetenzzentrum für die Rekommunalisierung privatisierter Unternehmen schaffen. Starke Kommunen sollen so wieder in die Lage versetzt werden, vor Ort alles für das Gemeinwesen Notwendige bereitzustellen.



Hier gibt es mehr zu unseren politischen Ideen:

- DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (2018): Schluss mit der ungleichen Verteilung: Vermögenssteuer einführen. https://www.linksfraktion-hessen.de/fileadmin/lf/Publikationen/20180923_Broschuere_Vermoeensteuer.pdf
- Raffer, Christian; Scheller, Henrik (2022): KfW-Kommunalpanel 2022. Deutsches Institut für Urbanistik -Difu-, Berlin. <https://repository.difu.de/jspui/handle/difu/583565>

Hier finden Sie weitere Informationen zu unserer politischen Arbeit:

- Haushaltsantrag Kommunale Investitionen (Drucksache 20/7614)
- Haushaltsantrag Sportstätten und Schwimmbaderhaltungsprogramm (Drucksachen 20/7496 und 20/7494)
- Haushaltsantrag ÖPNV Angebot finanziell fördern (Drucksache 20/7527)
- Gesetz zur Aufhebung von Straßenbeiträgen in den hessischen Kommunen (Drucksache 20/8771)
- Pressemitteilung: „Vorschläge für eine gerechte Haushaltspolitik - Soziale Gerechtigkeit darf nicht weiter unter die Räder geraten“. Online: <https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/vorschlaege-fuer-eine-gerechte-haushaltspolitik-soziale-gerechtigkeit-darf-nicht-weiter-unter-die-ra/>



2. Gesundheit muss für alle erreichbar sein

Die eigene Gesundheit ist ein unschätzbares Gut. Sie zu erhalten oder wiederherzustellen muss für alle Menschen in Hessen unabhängig vom Wohnort möglich sein. Der beste Schutz gelingt, wenn gesundheitliche Gefahren verhütet werden können. Hier bedarf es in Hessen eines viel höheren Stellenwerts. Wer erkrankt ist, braucht die bestmögliche und wohnortnahe Unterstützung, Behandlung und Versorgung. Wir wollen ein Gesundheitssystem mit guten Angeboten für alle ohne Zusatzkosten. Dafür braucht es auch mehr Menschen, die gut bezahlt werden und genug Zeit haben, sich um unsere Gesundheit kümmern zu können.

Die aktuelle Situation in Hessen sieht leider anders aus. Gerade in der Pflege, in Krankenhäusern wie in Senioreneinrichtungen herrscht Personalnotstand. Im ländlichen Raum werden auch Ärztinnen und Ärzte immer mehr zu Mangelware – ganz egal, ob wir von Hausärztinnen und -ärzten oder Fachärztinnen und -ärzten reden.

Immer wieder wurden Kliniken geschlossen, weil sie nicht genug Geld einbrachten. Jede dritte Geburtsstation in Hessen wurde seit 2008 geschlossen – trotz steigender Geburtenzahlen. Eine abgestimmte medizinische Versorgung, die die ambulante und stationäre Behandlung zusammenbringt, existiert in Hessen nicht. Die vielen Versorgungslücken will die herrschende Politik am liebsten mit Apps und digitalen Lösungen stopfen, statt auf eine flächendeckende öffentliche Sicherung unserer Gesundheitslandschaft zu setzen.

DIE LINKE in Hessen stellt sich diesem Abbau der Gesundheitsversorgung entschieden entgegen. Zusammen mit Bürgerinitiativen und Betriebsräten streiten wir für den Erhalt von Klinikstandorten. Wir unterstützen die Streiks von Gesundheitsbeschäftigten, um deren angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen zu erreichen. Wir wollen neue Arbeitsmodelle, um Haus- und Fachärztinnen und -ärzte mit attraktiven Bedingungen für den ländlichen Raum zu gewinnen. Nur so können wir zukünftig sicher sein, dass Pflege und Gesundheit attraktive Arbeitsfelder sind. Statt Profite für Konzerne aus der Gesundheit unserer Mitmenschen zu ziehen, wollen wir starke öffentliche Strukturen in der Fläche. Dafür braucht es eine regionale Versorgungsplanung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.



- Wir wollen der Erhaltung von physischer und psychischer Gesundheit einen deutlich höheren Stellenwert beimessen. Prävention ist die beste Medizin. Mit guten Arbeitsbedingungen und sozialen Strukturen sowie funktionierendem Umwelt- und Klimaschutz ist viel getan.
- Wir setzen uns für den Erhalt der (kleinen) Kliniken im ländlichen Raum ein. Sie müssen zu Anlaufpunkten für medizinische Versorgung, Pflege und Rehabilitation fortentwickelt werden. Wir nennen dieses Modell intersektorale Gesundheitszentren.
- Wir streiten an der Seite des Gesundheitspersonals und zusammen mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen und gute Löhne.
- Es muss uns so gelingen, unter anderem 12.000 zusätzliche Pflegekräfte für hessische Gesundheitseinrichtungen (zurück-)zugewinnen.
- Wir brauchen flächendeckende, ambulante Gesundheitszentren in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand, um attraktive Arbeitsbedingungen für verschiedene Ärztinnen und Ärzte und die Heilberufe insbesondere im ländlichen Raum zu schaffen.
- Wir verlangen eine wohnortnahe Eins-zu-Eins-Betreuung durch Hebammen bei allen Geburten sowie in der Vor- und Nachsorge.
- Wir wollen Gesundheitsämter, die gut aufgestellt sind und ihren wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden können.
- Wir brauchen eine gute ambulante psychiatrische Versorgung ohne lange Wartezeiten. Um Menschen in psychischen Krisen frühzeitig und effektiv helfen zu können, setzen wir auf rund um die Uhr erreichbare Krisendienste. Diese halten Krisenwohnungen vor und sind auf Wunsch auch aufsuchend tätig.
- Wir machen uns für eine bessere Unterstützung der häuslichen Pflege durch mehr Beratung, Kurzzeit- und Tagespflege, ambulante Dienste und familiäre Unterstützungsangebote stark.
- Wir setzen uns für mehr öffentliche und gemeinnützige Pflegeeinrichtungen ein, die für Pflegebedürftige und deren Angehörige bezahlbar sind.
- Wir beschränken digitale Anwendungen darauf, im Gesundheitswesen zu unterstützen, statt dieses im ländlichen Raum durch Telemedizin weitgehend zu ersetzen.

Unsere Leitlinie ist: Jeder Mensch muss mit dem Nahverkehr in 30 Minuten das passende medizinische Angebot erreichen können.



Hier gibt es mehr zu unseren politischen Ideen:

- DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (2020): Ein Gesundheitsplan für Hessen. Online: https://www.linksfraktion-hessen.de/fileadmin/lf/Publikationen/20201100_Gesundheitsplan_fuer_Hessen.pdf
- DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (2022): Ein Pflegeplan für Hessen. Online: https://www.linksfraktion-hessen.de/fileadmin/lf/Publikationen/DL_Ein_Pflegeplan_fuer_Hessen_09_fin_x4.pdf
- Krankenhaus statt Fabrik (2020): Das Fallpauschalensystem und die Ökonomisierung der Krankenhäuser. Online: <https://www.krankenhaus-statt-fabrik.de/53187>

Hier finden Sie weitere Informationen zu unserer politischen Arbeit:

- Gesetzentwurf zur Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung (Drucksache 20/2969)
- Antrag für wohnortnahe und hochwertige Gesundheitsversorgung (Drucksache 20/3686)
- Antrag für einen gut aufgestellten öffentlichen Gesundheitsdienst (Drucksache 20/2787)
- Antrag zur Wertschätzung des Gesundheitspersonals (Drucksache 20/2683)



3. Ohne Auto kommt man nirgendwo hin? Für eine echte Verkehrsmittelfreiheit

Wir möchten, dass alle Menschen mobil sein können, auch ohne ein eigenes Auto. Dass Kinder und Jugendliche auch ohne „Elterntaxi“ ihr Ziel erreichen. Das ist ein wichtiger Freiraum für sie und entlastet Familien. Es ist eine Bereicherung für alle Menschen auf dem Land, wenn Wege auch mit Bus und Bahn, mit dem Rad oder zu Fuß zurückgelegt werden können. Alle sollen die Möglichkeit haben, zur Arbeit zu kommen und Verwandte und Freund*innen oder Kulturveranstaltungen zu besuchen. Voraussetzung dafür ist ein entsprechendes Mobilitätsangebot. Auch abends, am Wochenende. Dabei spielt das Auto auch in Zukunft eine Rolle, aber anders: Geteilt, elektrisch angetrieben und in kommunaler Hand angeboten. Dass Familien auf dem Land oft zwei, drei oder mehr Autos vor der Tür stehen haben, ist nicht alternativlos.

Jenseits des Ballungsraums stellt der öffentliche Nahverkehr heute keine praktikable Alternative zum eigenen Auto dar. Oft existiert nur ein lückenhaftes Busangebot, primär für den Schulverkehr und als Notangebot für alle, die keine andere Wahl haben.

Immer weniger kann zu Fuß vor Ort in den Dörfern und Ortsteilen erledigt werden. Läden, Geldautomaten, medizinische Versorgung und Postfilialen, aber auch Grundschulen und Behörden sind der Fläche kaum noch zu finden – und die Landesregierung schaut tatenlos zu.

Für ein attraktives ÖPNV-Angebot mit einem sinnvollen Takt und guten Verbindungen brauchen wir mehr Geld. Die Landesregierung lässt jedoch die Kommunen und Verkehrsverbünde mit den Kosten alleine. Sie haben dann kaum eine andere Wahl: Die Kosten werden auf die Fahrgäste abgewälzt. Die Folge: Fahrkarten sind in Hessen oftmals völlig überteuert. Dabei hat das 9-Euro-Ticket gezeigt, dass es auch anders geht – wenn der politische Wille da ist. Gerade entlang der Landesstraßen fehlen zu viele Radwege. Zwischen Orten fehlen direkte Verbindungen. Unbeleuchtete Feld- und Waldwege und Umwege sind die Regel. Hier besteht noch viel Verbesserungsbedarf. Auch Elektro-Räder, die das Radfahren auch in hügeligen Gebieten zur echten Alternative machen, brauchen Radwege!

Für DIE LINKE in Hessen ist Mobilität ein Grundrecht. Bus und Bahn muss konkurrenzfähig zum Auto sein. Wir benötigen mehr umsteigefreie Verbindungen und einen dichteren Takt, auch am Abend und am Wochenende.

Und damit keiner aus Geldmangel zuhause bleiben muss, müssen die Fahrpreise runter, mittelfristig auf Null.

Wir wollen:

- mehr direkte ÖPNV-Verbindungen in einem attraktiven Takt von mindestens 30 Minuten, auch abends und am Wochenende.
- mehr direkten Fahrtmöglichkeiten und die Reaktivierung von stillgelegten Bahnlinien.
- neue attraktiver Angebote wie einer Regiotram für Mittelhessen bis in den Vogelsberg, ins Marburger Hinterland oder in das Weltall.
- mehr öffentlich betriebene Sammel- und Rufbusse sowie Carsharing als Teil des öffentlichen Verkehrsangebots.
- E-Bikes und Pedelecs auf dem Land fördern und bessere Radwege in und zwischen den Orten sowie mehr Pedelec-Ladestationen.
- die Stärkung von Dorfzentren und kleinen Innenstädten, damit wieder mehr vor Ort erledigt werden kann, etwa durch die geförderte Ansiedlung von Infrastruktur wie Post oder Lebensmittelgeschäften. Dazu gehört auch der Fußverkehr, etwa durch breitere und bessere Gehwege.
- Wir wollen eine Mobilitätsgarantie: Alle sollen jederzeit binnen 60 Minuten das nächste Mittelzentrum erreichen können.

Hier gibt es mehr zu unseren politischen Ideen:

- DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag (2021): Volksbegehren Verkehrswende. Online: https://www.die-linke-hessen.de/images/Downloads/2021-aktuell/Verkehrswende_2021.pdf
- Wir unterstützen das Bündnis Verkehrswende Hessen in seinen Zielen: www.verkehrswende-hessen.de

Hier finden Sie weitere Informationen zu unserer politischen Arbeit:

- Antrag „Odenwaldbahn zweigleisig ausbauen – im ersten Schritt zwischen Hainstadt und Seligenstadt sowie zwischen Langstadt und Klein-Umstadt“ (Drucksache 20/5858)
- Kleine Anfrage zur Reaktivierung der Aartalbahn (Drucksache 20/5881)
- Kleine Anfrage zu Preiserhöhungen im RMV (Drucksache 20/7840)





4. Wohnen und Dorfentwicklung – gemeinwohlorientiert und solidarisch

Wohnen ist ein Menschenrecht. Und das heißt nicht nur, ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern einen Ort mit ausreichend Platz zum Leben, der bezahlbar ist und sich nach den Bedürfnissen seiner Bewohner*innen richtet. Dazu gehört Barrierefreiheit im Alter und bei körperlichen Beeinträchtigungen genauso wie die klimagerechte Gestaltung der Häuser und ihrer Umgebung. Deswegen ist Wohnen auch eine öffentliche Aufgabe, die nicht nur den Wohnungsbau, sondern auch den Grund und Boden auf dem gebaut wird, betrifft. Wir LINKE wollen nicht, dass der Markt entscheidet, wie wir leben. Unser Ziel ist gemeinwohlorientiertes Wohnen und solidarische Dorfentwicklung, die den Zusammenhalt fördert und niemanden zurücklässt.

Die Realität in Hessen ist freilich eine andere: In den Dörfern und Kleinstädten Mittel- und Nordhessens gibt es leerstehende, verfallene Häuser, die angeblich niemandem gehören. Die Bodenpreise steigen überall rasant und sind für viele nicht mehr finanzierbar.

Nicht nur im Rhein-Main-Gebiet, sondern auch auf dem Land finden viele Menschen immer schwerer bezahlbaren Wohnraum. Mehr als Hälfte aller hessischen Miethaushalte hat einen Anspruch auf eine geförderte Sozialwohnung. Das ist fast das zehnfache des aktuellen Sozialwohnungsbestands. Unter der schwarzgrünen Landesregierung hat sich die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) mittlerweile aus kleineren Kommunen vollständig zurückgezogen. Die NHW privatisiert öffentliche Wohnungen, von denen viele sich jetzt im Eigentum privater Vermietungsunternehmen befinden, die Profite mit den Wohnungen erwirtschaften wollen oder sie verkommen lassen. In vielen Kommunen gibt es gar keinen öffentlichen Wohnungsbau oder Sozialwohnungen und wenn, dann haben diese nicht unbedingt den besten Ruf. DIE LINKE dagegen hat konkrete Ideen und Vorschläge für gutes, bezahlbares, barrierefreies und klimagerechtes Wohnen auf dem Land. Wir stellen uns gemeinsam mit den Menschen vor Ort, mit Bürgerinitiativen und Anwohner*innen, Hausprojekten und Genossenschaften dem Ausverkauf der Dörfer und Kleinstädte entgegen.

Hierfür ist ein wichtiges Instrument die Wiedereinführung eines Gesetzes gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum. Damit können leerstehende Immobilien und ungenutzte Brachobjekte in einem Leerstandskataster systematisch

erfasst werden. Das Zweckentfremdungsverbot ermöglicht den Kommunen, Wohnraum zu mobilisieren, wenn dieser ungenutzt leer steht. Um gerade die kleinen Kommunen mit diesem Aufwand nicht alleine zu lassen, braucht es entsprechende Stellen zur Unterstützung auf Landesebene. Häuser sind zum Wohnen und Leben da. Spekulativer Leerstand dagegen gehört verboten.

Leerstand als neuen Wohn- oder Sozialraum für alle zu nutzen birgt daher enorme Potentiale – sowohl für eine bessere Lebensqualität als auch für das Klima. Alleine dem Gebäudesektor sind 16% der gesamten CO²-Emissionen in Deutschland zuzuordnen – Tendenz steigend. Um dem entgegenzuwirken, ist es auch wichtig, Bestandsgebäude in den Ortskernen zu ertüchtigen, Baulücken zu schließen und bereits versiegelte Flächen zu nutzen, statt immer weiter Neubaugebiete außerhalb der eigentlichen Orte auszuweisen, die obendrein oftmals Gefahr laufen, ein zweites Dorf im Dorf zu werden. Wichtig ist dafür die Stärkung demokratischer Prozesse und Teilhabe – nicht erst durch Auslage eines Bebauungsplans, sondern bereits davor.

Wir wollen die Konzeptvergabe stärken, d.h. der Zuschlag für die Entwicklung eines Grundstücks geht nicht über den höchsten Preis, sondern entsprechend der Qualität der Idee für eine mögliche Bebauung und Nutzung.

Das Eigentum an Grund und Boden soll dabei in öffentlicher oder genossenschaftlicher, in jedem Fall aber gemeinwohlorientierter Hand bleiben und ausgeweitet werden, um Gebrauchswerte für kommende Generationen zu erhalten und Spekulation zu verhindern.

In Zeiten explodierender Preise können und wollen sich immer weniger Menschen den Traum von den eigenen vier Wänden überhaupt leisten. Immer mehr Menschen wohnen deswegen auch im ländlichen Raum zur Miete, die wie vieles beständig teurer wird. Für eine Lösung der Wohnungsfrage braucht es daher auf regionaler Ebene ein Umdenken in der Art und Weise, wie über sozialen, d.h. nicht profitorientierten Wohnungsbau gesprochen wird. Noch zu oft prägen falsche Vorstellungen über den sozialen Wohnungsbau das Denken der politisch Verantwortlichen im ländlichen Raum. Dabei sind öffentlich geförderte Wohnungen eine gute Möglichkeit, um qualitätsvollen, bezahlbaren, barrierefreien und ökologisch nachhaltigen Mietwohnungsraum auch fern der Ballungsgebiete zu errichten und einen Beitrag für ein lebenswertes und sozial ausgewogenes Wohnen auf dem Land zu leisten.

Wir wollen:

- Das Gesetz gegen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung wiedereinführen.
- Kleine Kommunen darin unterstützen, kooperative oder kreiseigene Wohnungsbaugesellschaften zu gründen.
- Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft NH/W wieder bezahlbaren Wohnraum im ländlichen Raum schaffen lassen.
- Ein Programm für barrierefreie und klimagerechte Sanierungen unabhängig vom Geldbeutel.
- Konzeptvergabe stärken und öffentlichen Boden in gemeinwohlorientierter Hand halten.

Unser Ziel ist es, gute Wohnraumversorgung für alle Menschen sicherzustellen und gemeinschaftliches Eigentum sowie dessen Gestaltung im Sinne des Gemeinwohls zu stärken.

Hier gibt es mehr zu unseren politischen Ideen:

- Schipper, Sebastian (2018): Perspektiven für eine soziale Wohnungspolitik in der Region. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen (Hrsg.): Leben, arbeiten und wohnen in der Region Frankfurt/Rhein-Main, S. 76 – 80. Online: https://hessen.rosalux.de/fileadmin/ls_he/dokumente/Regionalstudie.pdf.

- BAG Behindertenpolitik (2019): Wohnen für alle – barrierefrei und bezahlbar. Online: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/drucksache/2019/Linke_BAG_Behindertenpolitik_Drehflyer_Wohnen_A4_3.pdf

Hier finden Sie weitere Informationen zu unserer politischen Arbeit:

- Dringlicher Gesetzesentwurf gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum (Drucksache 20/238)
- Kleine Anfrage zum Widerspruch zwischen Wohnungsprivatisierungen und der angestrebten Erhöhung des Wohnungsbestandes bei der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) (Drucksache 20/6417 und 20/6418)
- Kleine Anfrage zu herrenlose Häuser (Drucksache 20/8524)



5. Wie viel Stadt braucht das Land? Ökologische Leistungen in ländlichen Räumen schützen, stärken und wertschätzen

Stadt und Land werden oft als Gegensätze verstanden. Dabei wird meist übersehen, dass ländliche und städtische Regionen stark voneinander abhängig sind. Um ihre Bedarfe an Nahrung, Wasser, Energie, Baustoffen, aber auch an Frischluft und Erholungsmöglichkeiten zu decken, sind Stadtbewohner*innen auf ländliche Regionen angewiesen. Ohne entsprechende Güter und Räume vom ‚Land‘ können die Menschen in der Stadt kaum existieren. Umgekehrt sind Städte Orte großer kultureller Vielfalt. Es entstehen neue Formen des Zusammenlebens und Impulse für ökonomische, technische und soziale Entwicklungen mit zahlreichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Die hohe Siedlungsdichte ermöglicht eine effizientere Nutzung vieler Ressourcen und Flächen für Wohnen, Mobilität, Gesundheit und Arbeit.

Ziel linker Politik ist es, die sozialen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Austauschverhältnisse zwischen ländlichen und städtischen Räumen gerechter zu gestalten, ohne dabei deren charakteristische Unterschiede zu beseitigen.

Das Opernhaus auf dem Dorf oder die Milchviehhaltung in der Stadt werden Ausnahmen bleiben. Stadt und Land sollen sich nicht angleichen. Vielmehr soll die Lebensqualität der Menschen überall gleichwertig werden.

Dafür müssen im Verhältnis zwischen Stadt und Land die ökologischen Leistungen ländlicher Räume stärker wertgeschätzt werden. ‚Das Land‘ darf nicht ohne Gegenleistung als Lieferant für Nahrung, saubere Luft, Baustoffe und Wasser in Anspruch genommen werden, wie es z.B. mit Wasserentnahmen aus dem Vogelsberg oder dem Hessischen Ried für die Versorgung Frankfurts geschieht. Noch viel weniger dürfen ländliche Regionen als bloße Entsorgungsorte für Abfälle und Abwässer – z.B. aus dem Baugewerbe, der Kaliproduktion, der Müllverbrennung oder dem Abriss von Atomkraftwerken wie in Biblis – missbraucht werden.

Intensive Landnutzung, Flächenverbrauch und Klimawandel machen es notwendig, dass die Städte selbst ökologischer werden: Stoffkreisläufe müssen enger gefasst, Nahrung und Energie auch vor Ort hergestellt, Wasser und Baustoffe mehrfach verwendet werden. Städte müssen der Natur mehr Raum bieten. Sie können die Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt nicht weiter allein den ländlichen Regionen zuschieben.

Sogenannte ökologische Ausgleichsflächen auf dem Land für Bauvorhaben in der Stadt können die entstandenen Schäden nicht wiedergutmachen.

Gleichzeitig muss die Leistungsfähigkeit ökologischer Gefüge wie Wälder, Felder, Flüsse und Moore in ländlichen Räumen erhalten und gestärkt werden. Die schwarzgrüne Landesregierung macht allerdings das Gegenteil: Sie sieht tatenlos zu, wie der intensive landwirtschaftliche Einsatz von Dünger und Pestiziden nitratbelastetes Grundwasser und geschädigtes Oberflächenwasser hinterlässt und die industrielle Produktion die Flüsse versalzt. Gerade einmal 15 % der hessischen Fließgewässer befinden sich in einem guten ökologischen Zustand. Der Flächenverbrauch ist weiterhin zu hoch. 31 Lebensraumtypen sind bedroht. Die Landesfläche, auf der wir leben, ist endlich. Sie ist ein natürliches Gut und lässt sich nicht vermehren. Dennoch werden in Hessen täglich 2,6 Hektar Wiesen, Wälder und Äcker für Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeflächen vernichtet, sei es an der Bergstraße, in der Wetterau oder der Umgebung von Wetzlar. Dieser Raubbau gefährdet unsere Lebensgrundlagen und muss gestoppt werden.

Wir wollen:

- die Flächenneuanspruchnahme durch ein nachhaltiges Flächenmanagement bis 2030 auf Netto-Null reduzieren, d.h. für jede neu versiegelte Fläche muss eine gleich große Fläche entsiegelt werden.
- einen sofortigen Versiegelungsstopp von ertragreichen Böden, die eine hohe Klimaschutzfunktion haben; dass gute und sehr gute Ackerböden, die von Versiegelung bedroht sind, von der Hessischen Landesgesellschaft (HLG) in einen öffentlichen Bodenfond überführt werden; dass diese Flächen zu niedrigem Pachtzins an ortsansässige Agrarbetriebe vergeben werden, die sich auf eine umweltschonende und die ökologischen Leistungen der Böden erhaltende Landwirtschaft verpflichten.
- die ökologischen Leistungen der ländlichen Räume besser schützen, stärken und wertschätzen; einen ökonomischen Ausgleich für die ökologischen Leistungen der ländlichen Regionen.
- eine ökologischere Ausrichtung der gesamten Landwirtschaft, um Grundwasser zu schützen, Humus in Böden aufzubauen und mehr biologische Vielfalt zuzulassen.

- die Landwirtschaft durch sparsamere Bewässerungssystemen, „Landwirtschaft unter Bäumen“ (Agroforstsystemen), mithilfe von angepasstem Saatgut, biointensivem Gemüseanbau, Dauerkulturen etc. fit für den Klimawandel machen.
- die Wassernutzung an den Klimawandel anpassen, d.h. vor allem Wasser sparen und die zweckentfremdete Nutzung von Trinkwasser beenden; dass Neubaugebiete verpflichtend mit Brauchwassernetzen geplant werden; dass so viel Niederschlagswasser wie möglich zur Nutzung aufgefangen oder versickert wird – in Stadt und Land.
- ein Holzrecycling mit einer Nutzungskaskade, in der die Holzverbrennung zur Energiegewinnung erst am Ende steht, denn Energie direkt aus dem Wald ist kein Beitrag zum Klimaschutz; dass Energiepflanzen oder neu geschlagenes Holz nicht mehr generell als ökologisch gelten und keine staatliche Förderung als erneuerbare Energie erhalten.
- den Aufbau klimastabiler Wälder, für die der Erhalt der ökologischen Leistungen Vorrang vor einer wirtschaftlichen Nutzung des Holzes hat.

Hier gibt es mehr zu unseren politischen Ideen:

- Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2016): Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen – Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Hrsg. von Christina von Haaren und Christian Albert. Leibniz Universität Hannover, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. Hannover, Leipzig. Online: https://www.ufz.de/export/data/global/190505_TEEB_DE_Landbericht_Langfassung.pdf
- Jutta Kill (2015): Ökonomische Bewertung von Natur. Hrsg. Rosa-Luxemburg-Stiftung Büro Brüssel. Online: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Oekonomische_Bewertung_von_Natur_2015.pdf
- Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag (2022): Eckpunkte einer nachhaltigen Flächennutzung.

**Hier finden Sie weitere Informationen
zu unserer politischen Arbeit:**

- Antrag „Konkrete Sicherung der Lebensgrundlage Wasser“ (Drucksache 20/8188)
- Gesetz zur verpflichtenden Einrichtung von Brauchwassernetzen in Neubaugebieten (zweite Änderung des HWG, Drucksache 20/8501)
- Anfrage Flächenversiegelung stoppen: Verfehlung des 2,5-Hektar-Ziels der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie bis 2020 (Drucksache 20/6488)
- Antrag Grundwasserversalzung beenden – Laugenversenkung sofort stoppen (Drucksache 20/6595)



Impressum

LINKES LAND – Für
ein solidarisches Hessen!

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-350 60 90

Fax: 0611-350 60 91

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Web: linksfraktion-hessen.de

Kontakt:

Torsten Felstehausen, MdL
Sprecher für Kommunalpolitik
Tel.: 0611/350-6072

E-Mail: t.felstehausen@ltg.hessen.de

Felix Wiegand
Referent für Kommunalpolitik
Tel.: 0611/350-6098
E-Mail: f.wiegand@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.

Elisabeth Kula & Jan Schalauske

Grafik, Satz und Layout: AfM Lichtenberg

Redaktion: Tim Dreyer, Sebastian Durben,
Achim Lotz, Gina Renc, Sebastian Scholl,
Thomas Völker, Felix Wiegand,
Stefan Würzbach

Wiesbaden, November 2022

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Bildnachweis:

[adobestock.com/DOC RABE Media](https://adobestock.com/DOC_RABE);
Martin Debus; Sergey Novikov; hecke71
[imago-images.de/Frank Sorge](https://imago-images.de/Frank_Sorge)

istockphoto.com/doble-d

pixabay.com/CapeCom; Skitterphoto

[shutterstock.com/Katrina Brown](https://shutterstock.com/Katrina_Brown);
Rawpixel.com



linksfraktion.hessen



linkeltghessen



linksfraktionhessen